

an allen Werten... Bezugspreis monatlich... in der Geschäftsstelle 150... in den Ausgabestellen 160... durch Zeitungsboten 170... am Postamt 165... ins Ausland 20 deutsche Mark.

Posener Tageblatt (Posener Warte)

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens... in Reklameteil 90... Für Anträge aus Deutschland... in Reklameteil 10... in deutscher Markt.

Telegraphadresse: Tageblatt Poznan.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznan.

Bernspracher: 4246, 273. 3110, 3249. Postkassentkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezüher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Teilung Oberschlesiens.

Zu der gestern von uns gebrachten Meldung der polnischen Telegraphenagentur über die Lösung der oberschlesischen Frage erhalten wir heute folgende deutsche Berichte, die sich mit den polnischen nicht ganz decken. Der Genfer Korrespondent des "Berliner Tageblattes" bestätigt zunächst die Meldung über eine Teilung Oberschlesiens, nach seinen Informationen soll jedoch das Abstimmungsgebiet in drei Teile geteilt werden. Plesz und Rybnik sollen an Polen fallen. Das Zentralrevier im engeren Sinne, also Gleiwitz, Beuthen und Kattowitz, sollen als autonome wirtschaftliche Provinz unter polnischer Souveränität konstituiert und die übrigen Gebiete Oberschlesiens jollen Deutschland zugeeilt werden. Der Rat befaßt sich mit folgenden Spezialfragen: 1. Wie soll das Währungsproblem in dem autonomisierten Mittelgebiet reguliert werden? 2. Polen soll die Eisenbahnverwaltung übertragen werden. 3. Die militärische Besatzung in dem Mittelbezirk soll ganz erheblich verstärkt werden, und die Verstärkung soll Polen zur Last fallen. Die oberste Instanz in dem autonomisierten Mittelbezirk wird ein internationaler Ausschuss sein, der unter Völkerbundkontrolle gestellt werden wird. Es sind noch Verhandlungen mit bestimmten Instanzen im Gange, um für die deutsche Arbeiterschaft in dem autonomisierten und in dem Polen zugewiesenen Bezirk sogenannte Sicherheiten in sozialpolitischer Hinsicht zu schaffen.

Ähnlich lautet der Bericht der "Vossischen Zeitung"; nur umfaßt danach das zu gründende neue "Wirtschaftsgebiet Oberschlesiens" das bisher zu Deutschland gehörige Industriegebiet und das angrenzende polnische Kohlenbecken. Die genannte Zeitung schreibt:

Der Völkerbund hat seine Aufgabe damit begonnen, unter rein politischen Gesichtspunkten eine Teilung des oberschlesischen Industriegebietes vorzunehmen. Die Teilungslinie ist für Deutschland ganz außerordentlich ungünstig. Obwohl der tschechische Sachverständige politisch der für Deutschland wenig günstig gestimmten national-demokratischen Partei angehört, ist er mit seinem schweizerischen Kollegen zusammen zu dem Ergebnis gekommen, daß diese politische Aufteilung wirtschaftlich eine Unmöglichkeit darstelle. Er stimmte u. a. besonders dem schweizerischen Eisenbahnsachmann darin bei, daß das Bahnstamm-Oberschlesiens unmöglich zerrissen werden könne, und daß eine einheitliche Verwaltung der über die verschiedenen Gebiete zerstreuten industriellen Anlagen nicht mehr garantiert werden könne. Das Gutachten soll sich in sehr wenig zureichender Art über die wirtschaftliche Fähigkeit der Polen äußern, die von den Deutschen gebauten Anlagen zu erhalten oder gar weiter ökonomisch nutzbar zu machen. Er schildert auch in sehr düsteren Farben die Folge der Einführung der polnischen Währung im Industriegebiet. Gegen die Einführung der polnischen Währung wurden Bedenken von Seiten der Polen selbst geltend gemacht. Namentlich wies Polen darauf hin, daß bei Einführung der polnischen Währung eine Lastung des polnischen Notenumlaufes schon für die ersten Zahlungen von mindestens 2 Milliarden polnischer Mark erfolgen müßte. Die Polen erklärten ferner, daß es für sie den vollkommenen Zusammenbruch bedeuten würde, wenn Polen einen Anteil an den deutschen Reparationslasten durch die Übernahme von Oberschlesien auferlegt erhielten. Die Sachverständigen betonten aber demgegenüber, daß eine solche Übernahme eines Teiles der deutschen Reparationslasten nach den Begriffen des Völkerrechtes unerlässlich sei. Auf Grund dieser Erwägung haben dann die Gutachter vorgeschlagen, ein besonderes Wirtschaftsgebiet Oberschlesiens zu schaffen, das aus dem bisher zu Deutschland gehörigen oberschlesischen Industriegebiet und dem angrenzenden polnischen Kohlenbecken sich zusammensetzt. Dieses neue Gebilde soll die deutsche Währung behalten, seinen Anteil an der Reparation tragen und eine wirtschaftliche Generalversammlung erhalten, die aus je einem Tschechoslowaken, Polen und Deutschen besteht.

Nach den in letzter Stunde einlaufenden Meldungen scheint der Völkerbundsrat doch einen strikten Teilungsplan dem Obersten Rat vorgelegt zu haben. Demnach verläuft die Grenze folgendermaßen:

1. Polen erhält die beiden südlichen Kreise Plesz (insgesamt) und Rybnik (zum größeren Teil). 2. Das Industriebecken wird unter die beiden Länder geteilt. Deutschland erhält die westlichen Kreise des Beckens Gleiwitz und Hindenburg (Hindenburg sowie Beuthen-Stadt). Polen erhält die Kreise Königshütte, Beuthen-Land, Kattowitz-Stadt und Kattowitz-Land. 3. Die beiden im Osten von Oberschlesien gelegenen Kreise Tarnowitz und Lublinitz werden in ihrem östlichen Teile Polen, in ihrem westlichen Teile Deutschland zugeprochen. 4. Deutschland behält die anderen oberschlesischen Kreise im Norden, Westen und im Zentrum, also Rosenberg, Kreuzburg, Dppeln, Groß-Strehlitz, Löst, Cosel, Oberglogau, Leobschütz und Ratibor.

Bezeichnend ist, daß der Völkerbundsrat bis jetzt keinerlei offizielle Mitteilungen über die Lösung der Frage herausgegeben hat. Nur ein kurzer Bericht über den Verlauf der Sitzung ist veröffentlicht worden. Nach einer Meldung aus Genf soll der Oberste Rat bzw. die Botischerkonferenz schon gestern in Paris zur Prüfung des Gutachtens des Völkerbundsrates zusammengetreten sein. Dagegen berichtet "Evening Standard", es sei sehr wahrscheinlich, daß eine Sonderkonferenz des Obersten Rates einberufen werden wird, um von dem Völkerbundsrat über die oberschlesische Frage verfaßtes Bericht zu erwägen. Man glaube, daß die

Konferenz des Obersten Rates innerhalb der nächsten acht bis zehn Tage in London stattfinden werde.

Es bleibt jetzt abzuwarten, wie sich der Oberste Rat zu dem Lösungsentwurf stellt.

Was das für Oberschlesien vom Völkerbundsrat in Aussicht genommene wirtschaftliche Regime betrifft, glaubt der Genfer Korrespondent des "Temps" zu wissen, daß die Frage große Schwierigkeiten bereite, die in den letzten Tagen den Völkerbundsrat stark beschäftigt hätten. Man dürfe so viel sagen, daß eine Kommission die Aufgaben haben würde, den Verkehr, die Wasserversorgung und die anderen ähnlichen Fragen wirtschaftlicher und technischer Art zu regeln. Die Kommission, die wahrscheinlich nur drei Personen umfassen werde, würde ihre Tätigkeit zehn Jahre lang ausüben. Dieser Zeitraum werde indessen abgekürzt werden können, wenn beide Parteien einig seien, oder auch verlängert, wenn die Notwendigkeit dazu sich herausstellt.

Eine Erklärung des deutschen Reichskanzlers.

Berlin, 13. Oktober. In der Mittwoch-Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichskanzler Dr. Wirth der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerbundsrat in Genf, soweit sich aus unwiderprochenen Nachrichten entnehmen lasse, über das oberschlesische Gebiet in einer Weise verfußt habe, die weder der durch die Abstimmung klar zutage tretenden Willenskundgebung der oberschlesischen Bevölkerung, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht. Treffen diese Nachrichten zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern von deutschem Geist und deutschem Geist geschaffen worden ist, vom Reiche getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt. Diese Losreißung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen Volk als Vergewaltigung und bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwicklung, sondern unablässige Beunruhigungen und Zwistigkeiten würden die Folgen sein; dem deutschen Wirtschaftskörper würde eine unheilbare Wunde geschlagen werden. Zusammenfassend erklärte der Reichskanzler:

Falls die Entscheidung so fällt, wie zu befürchten ist, so ist eine neue Lage geschaffen, die die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reichs übernommen und geführt hat. Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt. Der Reichskanzler stellte dies als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

Eine Rechtfertigung des Völkerbundsrates.

Der Völkerbundsrat hat am Schluß seiner Sitzung folgendes Communiqué herausgegeben: „Der Völkerbundsrat hat seine Arbeiten zur Bestimmung der oberschlesischen Grenze beendet. Ein Kurier, der heute abend nach Paris abreist, wird morgen Herrn Briand, dem amtierenden Präsidenten des Obersten Rates, die Antwort überbringen, die der Völkerbundsrat auf die ihm zugegangene Aufforderung vom 12. August, dem Obersten Rat bei der Lösung der oberschlesischen Frage zu unterstützen, erteilt hat. Der Rat mußte bei der Prüfung dieser Frage in Gemäßheit der Vereinbarungen des Friedensvertrages die bei der Volksabstimmung zum Ausdruck gekommenen Wünsche der Einwohner und die geographische und wirtschaftliche Lage des Landes berücksichtigen. Die ersten Schwierigkeiten ergaben sich dabei, daß die Einwohner, welche für Deutschland gestimmt hatten, und diejenigen, welche ihre Stimme für Polen abgegeben hatten, durchaus untereinander vermischt waren, in einem zwar verschiedenen, aber stets bemerkenswerten Verhältnis in den am stärksten bevölkerten Teilen des Gebietes sowohl vom Standpunkt der geographischen Verhältnisse aus als auch vom Standpunkt der wirtschaftlichen Interessen. Es war nicht möglich, eine Grenze ins Auge zu fassen, welche nicht eine bestimmte Zahl von Einwohnern, welche für Deutschland gestimmt hatten, auf polnischem Gebiet, und eine bestimmte Zahl von Einwohnern, welche für Polen gestimmt hatten, auf deutschem Gebiet zurückgelassen hätte. Alles, was der Rat tun konnte, war, zu versuchen, daß die Fälle auf ein Minimum reduziert wurden, in dem die Grenzführung möglichst nach dem Ergebnis der Volksabstimmung erfolgte. Eine Grenze, die unter deutschem Gesichtspunkt gezogen würde, müßte Gebiete, welche vom wirtschaftlichen Standpunkt unmittelbar voneinander abhängen, auseinanderreißen. (1) Die Schaffung einer neuen Grenze in einem solchen Gebiete, das wirtschaftlich sich unter einem einheitlichen politischen und industriellen Regime entwickelt hat, könnte verheerende Folgen haben auf einer oder der anderen Seite der Grenzen. Dem wäre sicher so gewesen, wenn die Grenzen die Errichtung einer neuen Zollschranke verursacht hätten, welche die Entwurzelung der öffentlichen Betriebe, die der Wasserwerke, dem Umlauf einer neuen Währung und die Zutrassierung einer neuen Besatzung verursacht hätte. Es war unmöglich, diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch einige leichte Veränderungen an einer nur nach dem Ergebnisse der Volksabstimmung bezogenen Linie zu vermeiden. Der Rat sah sich der Tatsache gegenübergestellt, daß eine Linie, die nicht das Industriegebiet durchschneiden hätte, die Unterdrückung der Wünsche und Hoffnungen nicht etwa der kleinen Mehrheiten in den weniger bedeutenden Bezirken, sondern der entscheidenden Mehrheiten in den sehr wichtigen Bezirken herbeigeführt hätte. Nun hatte die Volksabstimmung es nicht nur ermöglicht, diese Wünsche und Hoffnungen zum Ausdruck zu bringen, sondern sie hatte sie noch beträchtlich ermutigt. Dies war für die diesem Problem innewohnende Schwierigkeit. Es ist überflüssig, daran zu erinnern, daß diese Schwierigkeiten beträchtlich gesteigert wurden durch eine lange Reihe von Voruntersuchungen, die zwei Jahre lang nach dem Friedensschluß eine zahlreiche Bevölkerung in einer beängstigenden Ungewißheit über ihr politisches Schicksal ließ. Zunächst beauftragte der Rat ein Komitee, das sich aus vier Mitgliedern zusammensetzte, nämlich den Vertretern Belgiens, Brasiliens, Chinas und Spaniens, die Frage zu untersuchen. Die Arbeiten dieses Komitees führten zu der Schlussfolgerung, daß das Problem nicht gelöst werden könnte, indem man sich damit zufrieden gab, eine Grenzlinie zu ziehen, sei es einfach nach den aus der Volksabstimmung gezogenen Schlussfolgerungen, sei es nach wirtschaftlichen Erwägungen. Sei es auf Grund eines Kompromisses zwischen diesen beiden Möglichkeiten. Wie man auch immer die Grenze nach der einen oder der anderen dieser Methoden gezogen hätte, die Ergebnisse wären verhängnisvoll gewesen, da keinerlei besondere

Vereinbarung vorlag. So entschied sich dann das Viererkomitee nach einer anstrengenden Untersuchung (1) dahin, die Festsetzung einer neuen Grenzlinie und die Schaffung von Garantien zu empfehlen, die während eines, für eine möglichst vollkommene und wirtschaftliche Umstellung nötigen Zeitabschnittes wirksam wäre, und jegliche Verschärfung der vorhandenen wirtschaftlichen Bedeutung verhindern sollte. Sachverständige und anerkannte Autoritäten (?), die auf diesem Gebiet aufzuweisen sind, wurden aus den Kreisen der technischen Organisations des Völkerbundes ausgewählt. Männer, die mit allem erdenklichen Einfluß ausgestattet waren, sowohl infolge ihrer Nationalität als auch infolge der Politik der Behörden, von denen sie ausgewählt waren. Diese Sachverständigen wurden beauftragt, die erforderlichen wirtschaftlichen Vereinbarungen zu untersuchen, die Voraussetzung für die Dauerhaftigkeit einer Entscheidung sind. Die vier Mitglieder des Rates haben die Sachverständigen beauftragt, die allgemeinen Maßnahmen zu untersuchen, deren Anwendung die Kontinuität des Wirtschaftslebens in Oberschlesien sichern und die Schwierigkeiten der zur Anpassung an die neuen Verhältnisse bestimmten Übergangsperiode verhindern konnte.“

Die Wirkung der Teilung auf die innerpolitische Lage in Deutschland.

Die politisch einsichtigen Kreise in Deutschland sind sich darüber klar, daß die Entscheidung über das Schicksal des oberschlesischen Abstimmungsgebietes ernste Rückwirkungen auf die inneren Verhältnisse in Deutschland ausüben kann. Diese Auffassung kam auch in dem Kabinettsrat zum Ausdruck, der am Montagabend, unmittelbar nach der Rückkehr des Reichskanzlers zusammentrat und bis in die späte Nacht hinein beriet. Wenn auch das Kabinett der Auffassung zuneigt, daß vor entscheidenden Beschlüssen erst die Bekanntgabe des Völkerbundsratsbeschlusses über Oberschlesien abgewartet werden muß, so kann sich eine Kabinettskrise doch überraschend schnell entwickeln. Die Gegenfrage in der politischen Auffassung zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Außenminister Dr. Rosen sind ohne Zweifel in ein altes Stadium getreten. Auf der Seite des Reichskanzlers Dr. Wirth steht die Mehrheit der Kabinettsmitglieder, vor allem aber der Wiederaußenminister Dr. Rathenau, der wiederholt in Kompetenzkonflikte mit dem Ressort des Auswärtigen geraten ist. In diesem Zusammenhang ist die Aktion des Herrn v. Eckardstein nicht uninteressant, der zur Zeit des Oberriger Parteitag mit dem damals in London weilenden englischen Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, in ständigem Telegrammwechsel gestanden haben soll. Es ist noch nicht ganz klar, ob ein gewisses Interesse Englands für die Entwicklung der deutschen Innenpolitik auf die Arbeiterfrage in England oder auf die deutsche Regierungskrise zurückzuführen ist, die für ihre innere Politik eine außenpolitische Unterstützung wünscht. In politischen Kreisen spricht man von erneuter Aufknüpfung der auf eine Umbildung der Regierung hinauslaufenden interfraktionellen Besprechungen, und es werden bereits Namen von den in Betracht kommenden Mitgliedern des kommenden Kabinetts genannt.

Ausländische Pressestimmen.

Solland.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ sagt: „Die Regierung Wirth, die in ihrem politischen Glaubensbekenntnisse immer darauf hingewiesen hat, daß die Entscheidung über Oberschlesien es möglich machen muß, das Londoner Ultimatum sorgfältig zu erfüllen, ist durch die Aussicht auf eine für Deutschland ungünstige Entscheidung ins Wanken gebracht. Wenn sie zurückträte, so wäre das der Anfang entweder für eine Rechtsregierung, die der Entente Widerstand leistet, oder für eine linksradikale Regierung, die die Entscheidung akzeptiert. Ungeachtet der bestehenden Parteiverhältnisse kann aber keine der beiden Regierungen ohne eine dauernde Rückendeckung des Parlaments existieren. Der Rücktritt würde nur den Anfang einer großen politischen Vermirrung in Deutschland bedeuten, deren Ende schwer vorauszusagen ist.“

Die Regierung Wirth ist bisher die einzige gewesen, die Klarheit in das Chaos der deutschen Innenpolitik bringen können. Niemand kann der Regierung einen Vorwurf über die Entscheidung machen, die in Genf gefällt wird. Denn die Regierung Wirth hat auf diese Entscheidung keinen Einfluß ausüben können.“

„Ebenso ernst gestimmt ist das „Amsterdamer Handelsblad“, das sagt: „In Deutschland ist man sehr nervös, aber den Kopf hat man augenscheinlich noch nicht verloren. Der Reichskanzler hat noch keinen Entschluß darüber gefaßt, ob er zurücktritt. Augenscheinlich hält er seinen Rücktritt für eine Gefahr. Es ist eine schöne Gebärde, den Regen hinzumerzen, aber damit würde man alle Fortschritte einbüßen, die Deutschland bisher auf internationalem Gebiet gemacht hat. Oberschlesien wird man deswegen doch nicht behalten, also ein doppelter Verlust.“

Ueber den Hergang des Entschlusses in Genf vernimmt der Korrespondent des „Handelsblad“ folgendes: „Ich höre aus vollkommen zuverlässiger Quelle, daß in den deutschen Regierungskreisen bereits bekannt ist, daß ein großer Teil des oberschlesischen Industriegebietes, so Beuthen, Königshütte und Ratibor definitiv für Deutschland verloren sind. Offizielle Berichte sind noch nicht eingetroffen, aber die Vertrauensleute der deutschen Regierung in Genf haben in ihren Mitteilungen über diesen Beschluß keinen Zweifel gelassen. Es stellt sich heraus, daß auch diesmal ein Umfall Englands im letzten Augenblick diese für Deutschland ungünstige Entscheidung herbeigeführt hat. Aus diplomatischen Kreisen wird mir berichtet, daß Frankreich in Genf bemüht war, Japan und Spanien durch Konzessionen auf seine Seite zu bekommen.“

England.

Die englische Presse beobachtet weiter die vollkommenste Reserve. Aber selbst „Daily News“ sagen heute ausdrücklich, daß keine Rede davon sein kann, daß die Entscheidung in Genf von der englischen Regierung angefochten werde. Seitdem die Angelegenheit dem Völkerbund übergeben worden sei, sei sie offiziell aus den Akten des Auswärtigen Amtes verschwunden. Aus der Haltung der englischen Presse geht hervor, daß sie vollkommen von der letzten entscheidenden Wendung der Politik des Kabinetts überrascht ist und eine Erklärung der Regierung abwartet.

Frankreich.

Der Londoner Korrespondent des „Temps“ berichtet seinem Blatte, die Veröffentlichung des Berichtes des Völkerbundsrates, der die Teilung Oberschlesiens vorschlägt, werde rasch in London große Unruhe hervorrufen. Man messe den Rückwirkungen, die diese Entscheidung in Deutschland hervorrufen werde und insbesondere einem Sturz des Kabinetts Wirth große Bedeutung bei, aber man spreche nicht von der Wirkung, die in Polen hervorgerufen werde.

Sejm.

Sitzung vom 13. Oktober.

Warschau, 14. Oktober. (P.M.)

Die Aussprache über das Finanzprogramm des Ministers Michalski wird fortgesetzt.

Hg. Wozniak (Wyzwoleniegruppe) führt aus, daß der Finanzminister die wirtschaftlichen Leiden Polens richtig diagnostiziert hätte. Fragt man jedoch nach dem anzuwendenden Heilmittel, dann gibt Herr Michalski keine Antwort. Die Verminderung der Ausgaben hängt von grundsätzlichen Fragen des Kompetenzbereichs des Sejms ab, und es kann nicht ohne weiteres als richtig zugestanden werden, daß diese Machtbefugnis einfach vom Sejm auf den Ministerrat übergeht. Gegen ein Gesetz über die Notwendigkeit der Zustimmung des Finanzministers zu den Beschlüssen des Ministerrates und den damit verbundenen Aufwendungen haben wir nichts einzuwenden. Den Standpunkt der Arbeiter in bezug auf die Verteilung des Achtundentages werden wir unterstützen. Was die Landwirtschaftsreform betrifft, so muß noch einmal daran erinnert werden, daß das ein geschlossenes und verbindliches Gesetz ist. Gegen die einmalige Abgabe hätten wir keine Bedenken, wenn wir nicht überzeugt wären, daß sie die Armeren belasten und die Reichen schonen wird. Die Forderung, daß die Beschlüsse des Sejms der Zustimmung des Finanzministers bedürfen sollen, widerspricht der Verfassung und den schon beschlossenen Grundsätzen. Den in Aussicht genommenen Strafmaßnahmen werden wir zustimmen. Wenn wir wissen, wie sich der Herr Finanzminister die Stabilisierung der Valuta ungefähr denkt und zu welchem Zweck die einmalige Abgabe verwendet werden soll. Die Verwendung dieser Abgabe zu Unterricht- und Ausflugszwecken würde unseren Wunschen entsprechen.

Hg. Majkiewicz (Nat. Arbeiterpartei): Den Kern der ganzen Angelegenheit bildet die Frage der beschleunigten Fällung der Staatskasse. In dieser Beziehung wird sich die Arbeiterschaft ihren Pflichten nicht entziehen, wenn sie die Gewißheit haben wird, daß die Verteilung der Lasten gleichmäßig und gerecht sein wird. Wir haben aber die Befürchtung, daß die Hauptlast auf die ärmeren und unbemittelten Bürger fallen wird. Wir verlangen Streichung des Artikels 4 des Entwurfs des Herrn Michalski, in dem wir einen Anschlag auf den Achtundentag sehen.

Hg. Stawinski (Linker Flügel der poln. Volkspartei) weist auf das Umsichgreifen der bolschewistischen Agitation in den Städten und in der Industrie hin und spricht von der Notwendigkeit der Unterstützung der Invaliden und ihrer Familien. Am Schluß seiner Ausführungen erklärt der Redner, daß seine Partei den Minister nicht unterstützen könne.

Hg. Maslanka verliest im Namen des kath. Volksklubs eine Erklärung, in der der genannte Klub das Finanzprogramm des Ministers Michalski mit Genugtuung zur Kenntnis nimmt und die Hoffnung auf schnelle und energische Taten des neuen Finanzministers ausdrückt. Der Klub beglückwünscht seine Stellungnahme zu den einzelnen Maßnahmen des Ministers und eine Kontrolle darüber vor.

Hg. Sargalski (lib.) bespricht einige Fragen der Glaubensbekenntnisse und des Achtundentages. Damit hat die Aussprache ihr Ende erreicht.

Hg. Piotta (Cheffil.-nat. Arb.-Klub) begründet die Dringlichkeit eines Antrages, der sich mit den Zuständen in den militärischen Werkstätten in Posen beschäftigt. In der Stadt Posen hat in den letzten Tagen das Kriegsministerium die Liquidierung der militärischen Werkstätten angeordnet und einige von ihnen dem Ministerium für das ehem. preussische Teilgebiet unterstellt. Der Redner bittet den Kriegsminister, er möchte zur Behebung der Arbeiter erklären, daß die Absicht der Liquidierung dieser Werkstätten nicht besteht. Sein Antrag bezweckt eine an die Regierung zu richtende Aufforderung, sie möchte durch eine Befugnis der Weiterführung der Arbeiten in den Werkstätten des Posener Generalkommandos veranlassen. Das Kriegsministerium soll aufgefordert werden, eine entsprechende Summe anzuweisen, damit dort Probianz eingekauft werden kann.

Kriegsminister Sefski: Die Liquidierung der Werkstätten des Kriegsministeriums hat drei Voraussetzungen: Die Demobilisierung, die Erprobungspolitik und die Notwendigkeit der Förderung der Privatindustrie, wo das möglich ist. Mit Rücksicht jedoch auf die in der Rede des Hg. Piotta ausgesprochenen Erwägungen habe ich vor kurzem eine Konferenz zusammenberufen, an der der Herr Finanzminister, der Minister des ehem. preussischen Teilgebiets und der Arbeitsminister teilnahmen. Wir gelangten zu einer Verständigung der Art, daß das Ministerium des ehem. preussischen Teilgebiets einen Teil der militärischen Werkstätten in Posen auf ein Budget übernimmt.

Die Dringlichkeit des Antrages wird abgelehnt. Der Marschall teilt mit, daß ein Regierungsentwurf über die einmalige außerordentliche staatliche Abgabe eingegangen ist. Der Entwurf soll am Freitag in erster Lesung besprochen werden.

Nächste Sitzung am Freitag nachmittag 4 Uhr.

Um den Achtundentag.

Warschau, 14. Oktober. Im Einverständnis mit dem Ministerrat fanden am Donnerstag Beratungen von Vertretern der christlich-demokratischen Partei, der nat. Arbeiterpartei und der Sozialdemokraten statt über den Artikel 4 des Entwurfs des Finanzministers Michalski betr. Anhebung des Gesetzes über den Achtundentag. Der Ministerpräsident Bonikowski erklärte, Minister Michalski sei angehts der von Vertretern der Arbeiterschaft erhobenen Bedenken einverstanden, daß der Artikel 4 dem Arbeitsausschuß überwiesen wird. Die Vertreter der Arbeiter erwiderten hierauf, die Angelegenheit sei schon auf die Straße hinausgetragen worden und lasse sich nicht mehr auf parlamentarischem Wege erledigen. Am Abend berieten Vertreter der christl. Demokraten mit Minister Michalski und verlangten völlige Streichung des Artikels 4. Herr Michalski erklärte, daß die Frage erst noch einmal erwogen würde.

Die einmalige Abgabe.

Warschau, 14. Oktober. Der Gesetzentwurf über die einmalige außerordentliche staatliche Abgabe enthält 40 Paragraphen. Nach Art. 1 haben diese Abgaben zu leisten: 1. Personen, die zur Zahlung folgender direkter Steuern im ehem. preussischen Teilgebiet verpflichtet sind: a) Grund- und Bodensteuern, b) Gebäudesteuern, c) Gewerbesteuern (mit Ausnahme der weiter unten besonders erwähnten Personen). 2. Juristische Personen, die zur öffentlichen Rechenschaftslegung und zur Leistung der Einkommen- oder Gewerbesteuern für das Jahr 1921 verpflichtet sind. 3. Personen, die in Ortschaften mit städtischem Charakter Wohnungen oder gewerblichen oder Handelszwecken dienende Lokale inne haben. Nach Art. 2 des Entwurfs sind von der Abgabe befreit Selbstverwaltungsverbände, humanitäre und kulturelle Institutionen, Sparkassen, Kreditinstitutionen, die Pfandbriefe herausgeben und kein Grundkapital besitzen, religiöse Institutionen, beglaubigte Vertreter fremder Regierungen sowie ihre Angestellten, Hausverwalter, soweit die von ihnen bewohnten Wohnungen als Dienstwohnungen in Betracht kommen, Personen, die von der öffentlichen Miltätigkeit leben, Schüler und Studierende als Bewohner gemieteter Zimmer. Art. 3 handelt von den Multiplikatoren zur Festsetzung der Höhe der Abgabe auf Grund der gezahlten Steuern. Art. 4 betrifft Kongregationen. Art. 5 besagt: Die Abgabe wird von den in Art. 1 genannten juristischen Personen in Höhe von 15 Prozent vom Grundkapital (Aktien, Anteile u. dgl.) und den Resten am Tage der Veröffentlichung dieses Gesetzes erhoben. Wenn die in Frage kommenden Personen Immobilien, Maschinen Produktionsgeräte oder Patente besitzen, die vor dem Jahre 1920 erworben wurden, so muß der Wert dieser Erwerbungen zum Zweck der Festsetzung der Grundlage der Abgabe unvaluiert werden: 1. Wenn es sich um vor 1916 Erworbenes handelt, — um das Zwofache, 2. fand der Erwerb in der Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 1. Dezember 1918 statt, — um das Hofache, 3. fand der Erwerb im Jahre 1919 statt, — um das Fache. Diese Bestimmung kommt nicht in Anwendung, wenn das Grundkapital mit Einwilligung des Finanzministeriums schon unvaluiert wurde und infolgedessen eine aus den Geschäftsbüchern der in Betracht kommenden juristischen Personen ersichtliche Kapitalerhöhung eintrat. Der Wert des Besitzes einer juristischen Person, der vor 1916 erworben wurde, kann nicht niedriger sein, als der auf Grund des Zwofachen des Jahresgewinnes bzw. der Einkommensteuern (im ehem. preussischen Teilgebiet für 1919—1921) kapitalisierte Wert. Das Grundkapital einer juristischen Person, deren Vorstand sich außerhalb der Republik Polen befindet, wird auf Grund des Gesetzes vom 16. Juli 1921 berechnet. Nach Art. 6 haben die in Art. 1—3 genannten Personen die Abgabe in Höhe des doppelten Wertes der Mierte für 1921 zu zahlen. Bei unentgeltlich bewohnten Wohnungen und Lokalen gilt die Jahresmiete entsprechend vermieteter Wohnungen oder Lokale als Grundlage. Art. 7 lautet: Der Besitzer eines Kraftwagens von mehr als 15 Pferdestärke hat eine Million Mark als Abgabe zu leisten, Besitzer von Kraftwagen geringerer Pferdestärke in Höhe von 750 000 Mark.

Mit der Einführung und Einziehung der Abgabe befaßten sich die Gemeinden. An der Spitze des Gemeindeausschusses steht der Gemeindevorsteher, der die Ausschussmitglieder ernannt. Für ihre Funktionen erhalten die Dorfgemeinden 7 Prozent, die Stadtgemeinden 8 Prozent der eingezogenen Summen. Als zweite und letzte Instanz werden Bürgerausschüsse tätig sein unter Leitung des Vorstehenden der Finanzdirektion. Sie werden die Einschätzungen festsetzen und das Recht haben, Forderungen bis auf höchstens ein Jahr zu suspendieren oder in ganz besonderen Fällen von ihnen ganz zu befreien. Wer sich der Zahlung der Abgabe entzieht, verliert das Wahlrecht, sowie das Recht, zu Repräsentationskörperschaften gewählt zu werden. Einschätzungen und Zahlungsaufforderungen sollen innerhalb vier Wochen eingehändigt werden. Die Zinsen für verspätete Einzahlung betragen 10 Prozent außer den Eintreibungsstellen. Besitzer von mehr als 10 Hektar Land können (im Widerspruch zu dem Landwirtschaftsreformgesetz) einen Teil ihres Grundbesitzes zur Zahlung der Abgaben verkaufen. Zur Zahlung der Abgabe können auch Obligationen der Wiedergebaurkassen verwendet werden. Nach in Warschau umlaufenden Gerüchten erwartet man, daß die Abgabe ungefähr 90 Milliarden Mark einbringen wird.

Der polnisch-Danziger Vertrag.

Danzig, 14. Oktober. (P.M.) Wie wir erfahren, wird die Unterzeichnung des polnisch-Danziger Vertrages in feierlicher Weise am Montag, den 17. d. Mts. in Warschau stattfinden. Die Delegation, die nach Warschau kommt, wird zunächst offizielle Besuche abtatten. Der Präsident des Danziger Senats Dr. Sahm wird zum ersten Mal der polnischen Regierung seine Aufmerksamkeit machen. Der Vertrag wird polnischerseits von dem Ministerpräsidenten Bonikowski und von dem Vorsitzenden der polnischen Verhandlungsdelegation, dem Generalkommissar Plucinski, unterzeichnet werden. Danzigerseits dagegen werden der Präsident des Danziger Senats Dr. Sahm und der Vorsitzende der Danziger Delegation, Senator Jewelowski, den Vertrag unterzeichnen. Zu Ehren der Danziger Delegation wird der Ministerpräsident Bonikowski ein Festessen geben. Für den nächsten Tag, das ist für Dienstag, sind Konferenzen der Danziger Delegierten mit den polnischen Ministern vorgesehen, deren Ressorts von den Angelegenheiten berührt werden, die mit dem polnisch-Danziger Vertrag zusammenhängen. Zu der Abordnung, die sich aus Danzig zum feierlichen Akt der Vertragsunterzeichnung nach Warschau begeben, gehören: der Senatspräsident Dr. Sahm, der Vorsitzende der Danziger Delegation für die Verhandlungen Senator Jewelowski, der Vertreter der Finanzangelegenheiten Senator Volkman, der Referent für juristische Angelegenheiten Dr. Frank, der Berichtsersteller für Verpflegungsangelegenheiten Senator Dr. Fischer, der Rat des Landesgerichts und das Mitglied des Redaktionsausschusses Dr. Draeger, der Chef des Pressebureaus Senator Dr. Zerber und der Generalsekretär der Danziger Delegation Hildebrandt.

Litauen und die Minderheiten.

Warschau, 12. Oktober. Die Konferenz des Völkerbundes erhielt von der litauischen Regierung die Erklärung, daß Litauen sich den Wünschen des Völkerbundes geneigt zeigt und seine Bereitwilligkeit erklärt, Verhandlungen mit dem Völkerbunde anzuknüpfen, um die Einzelheiten in der Angelegenheit der nationalen Minderheiten festzusetzen.

Beginn der Konferenz in Venedig.

Ofenpest, 12. Oktober. Die österreichischen und ungarischen Vertreter zur Burgenlandkonferenz sind gestern in Venedig eingetroffen. Um 1 Uhr mittags fand bereits unter dem Vorsitze des italienischen Außenministers della Torretta eine Vorbereidung statt. Die ungarische Delegation beabsichtigt einen kurzen Überblick über die bisherigen drei Phasen der Verhandlungen vorzulegen und erst dann mit dem eigentlichen Kompensationsvorschlag hervorzutreten. In Dienstreise Regierungskreisen ist man bezüglich des Ausganges der Konferenz sehr optimistisch gestimmt. Man glaubt, daß Marschella della Torretta sich alle Mühe geben wird, um eine Einigung herbeizuführen.

Der ungarische Gesandte in Paris, Prajznowsky, erklärte einem Vertreter des „Zeit Journal“: Die Räumung des Burgenlandes ist heute offizielle Tatsache geworden, aber wie wird Oesterreich die 32 Milliarden, die es Ungarn schuldet, bezahlen? Oesterreich hat den Vertrag von Trianon nicht unterzeichnet. Ungarn hat infolgedessen keine Sicherheiten, daß Oesterreich diese Schuld bezahlen werde. Prajznowsky erklärte, daß Ungarn Frankreich besonders für die Anstrengungen dankbar sei, die es gemacht habe, damit ein direktes Einvernehmen zwischen Ungarn und Oesterreich zustande komme. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Venediger Konferenz erfolgreich verlaufen möge.

Vom Balkan.

Der serbisch-albanische Konflikt.

Wien, 12. Oktober. Aus Balona wird gemeldet: Drei serbische Regimenter mit zahlreicher Artillerie und Maschinengewehren haben die Drina überschritten und vier albanische Dörfer besetzt. Die alliierte Regierung hat beim Völkerbund und bei der Vorkonferenz Protest gegen das Eindringen der Serben in Albanien erhoben.

Südslawien mobilisiert.

Paris, 12. Oktober. Nach Meldungen der „Information“ soll Südslawien nicht nur gegen Albanien, sondern auch gegen Ungarn mobilisieren. Es wird für nicht ausgeschlossen gehalten, daß ein Staat der kleinen Entente diesem Beispiel folgen wird. Ungarn rechnet in diesem Falle auf eine Intervention Italiens, die neben der Vermittlung in dem ungarisch-österreichischen Konflikt bereits Gegenstand der Besprechungen von Venedig sein soll.

Regelung der albanischen Frage.

Paris, 13. Oktober. (P.M.) „Journal des Debats“ erfährt, daß die Kommission zur Prüfung der albanischen Frage sich am 20. d. Mts. nach Albanien begeben wird. Ihre Mitglieder wurden schon bestimmt, man erwartet nur die Annahme der Ernennung. Die Mitglieder gehören den Staaten Holland, Luxemburg und Venezuela an. Sekretär der Kommission ist ein Norweger.

Lies Kainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(28. Fortsetzung.)

(Nachdruck unterlag.)

Wie stark die Linden dufteten und wie weich die Seige da unten lag. Lies stand leise auf und schloß die Fenster. Daß nur ja keine kühle Nachtluft zu ihrem Kinde dränge. Dann schlich sie auf den Zehenspitzen durch die angelehnte Tür in das Nebenzimmer. Tief beugte sie sich über die Wiege. Wie fest und ruhig ihr Kind jetzt schlief, gottlob! Sie konnte es wohl wagen, ein Augenblickchen fortzugehen; hinüber zur Großmutter schlich sie, die immer noch alt und gebrechlich im Siebestübchen saß. Die Grefin lag schon im Bett, die gefalteten Hände auf der Decke.

„Bist Du's, meine Lies? Ich wollte gerade das Licht löschen.“

„Ja, Großmutter, ich hab Dir doch noch nicht gute Nacht gesagt.“

„Was macht Ulli?“

„Danke, der Junge schläft. Ich denke, wir sind aus dem Größten jetzt heraus.“

Die alte Frau strich weich über die Hände ihrer Enkelin.

„Arme Lies, Du hast Dich so geängstigt um ihn. Aber schiefst Du, — Mutterorgen, — schwerste Sorgen, — Mutterfreuden, — süßeste Freuden. Ich habe fünf geachtet, Lies, ich kenne das. Und was macht Knut?“

„Er musiziert mit Ellen, ich bin so roh, daß er jemand Musikverständiges hier hat. Ich bin leider so unmusikalisches.“

„Ist ja auch nicht die Hauptsache, Kind. Aber sonst — bekommt ihm der Urlaub?“

„Ich denke doch, Großmutter. Ich habe ihn jetzt lange nicht mehr so in Ruhe gehabt, wegen des Jungen, weißt Du. Da ach ich auch immer oben, weil Frida noch fort ist.“

Großmutter wiegte leise den alten Kopf. Das tat sie immer, wenn sie unzufrieden war.

„Das ist nicht richtig, Kind, ganz und gar nicht. Zuerst bist Du Deines Mames Frau geworden, dann erst Mutter Deines Kindes. Du darfst nicht vergessen, daß die, die er geheiratet hat, ihn mehr liebt als alles in der Welt.“

„Das weiß er ja, Großmutter, denn das ist selbstverständlich. Jetzt mühte doch der Junge Hauptsache sein, weil er krank war. Du hättest es ebenso gemacht, Großmutter.“

Großmutter nickte.

„Ich habe es ebenso gemacht, Kind. Und das war mein Fehler. Das ist der größte Fehler aller Frauen in ihrer Ehe. Ich dachte, Du würdest weiser sein, als ich war, Kind.“

Lies stand auf. Es lag wie Stolz in ihren Worten, als sie jetzt von der Großmutter zum alten Bild des Großvaters hinübersah:

„Knut billigt mein Tun voll und ganz. Er versteht so durchaus meine Sorge um unser Kind. Nun wird's ja auch, will's Gott, halb anders, wenn Frida wieder kommt und der Junge gesund ist. Aber gute Nacht, Großmutter, es ist zu spät.“

Leise küßte sie die alte Frau auf die Stirn und ging aus dem Zimmer.

Von unten kam Knut gerade die Treppe herauf.

„Ach Lies, ich wollte gerade zu Dir. Kommst Du nicht noch ein bißchen mit an die Dünen? Ellen und ich wollen noch mal ans Meer unter die Büchen, weißt Du, der Mond ist gerade aufgegangen, es ist solch wunderschöner Abend.“

Er war warm geworden beim Spiel und seine Augen leuchteten. So recht froh, wie einer, den eben die Kunst erquidat.

„Komm mit, Liebling.“ bettelte er, — „so direkt von Beethoven hinein in den Mondschein. Na?“

Sie hatte die Hand ausgestreckt nach ihm und wollte ja sagen. Denn ihre Seele hatte unendliche Sehnsucht nach ihm.

Da schrie von drüben der Junge. Erschreckt fuhr sie zusammen.

„Ulli schreit. Geh nur mit Ellen, Knut, — ich muß nach ihm sehen. Nachher kommst Du doch noch, mir gute Nacht sagen?“

Damit war sie schon im Kinderzimmer verschwunden.

11. Kapitel.

Wie rot der Mond aufging über der silbernen See. Wie die Buchen raunten im Nachtwind. Gleichmäßig, eintönig rauschten die Wellen an den weißen Strand. Mit dem uralten Ton, wie einst in den ersten Schöpfungstagen.

Knut Kainer stand an der alten Steinbank, die Arme gekreuzt, und starrte aufs weite Wasser. Wie das schwillte und wogte, glitt und brandete! Wie uralte, aufsteigende und doch immer wieder zurückgedämmte Sehnsucht.

Knut Kainer stand allein. Ellen war schon zurückgegangen zu Lies. In ihm war etwas, das sich heute nicht zur Ruhe bringen ließ. Heute nicht. Er hatte es die ganzen letzten Tage schon zur Ruhe bringen müssen.

Warum tat Lies das? Warum ließ sie ihn so allein gehen? Warum mußte sie ihm diesen kurzen, schönen Urlaub so vergällen? Auf den er sich so unendlich gefreut hatte. Gestreut wegen des ungestörten stillen Zusammenlebens mit ihr. Hergott, ja, — der Junge war krank gewesen, — da war ihre Aufregung und Sorge ja begreiflich gewesen.

Aber nun, wo er wieder ganz munter und fieberfrei war? War sie nicht auf dem Wege, so eine rechte, echte Glücke zu werden, die ihre Rücken nur immerwährend schützen und hätseln möchte?

(Fortsetzung folgt.)

Neutralisierung der Alandinseln.

Paris, 13. Oktober. (P. Z.) Die internationale Konferenz be- schloß sich mit der Ausglei- chung der schwedischen und finn- ländischen Meinungsverschiedenheiten in der Angelegenheit der Alandinseln.

Arbeitslosigkeit.

In Italien.

Brüssel, 12. Oktober. Der römische Vertreter der „Basler Nationalzeitung“ meldet, in Italien nehme die Arbeitslosigkeit in erschreckender Weise zu.

In England.

London, 12. Oktober. In der letzten Kabinettsitzung brachte Lloyd George im Kabinettsauschuß seine Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor.

In Nord-Irland.

London, 13. Oktober. Der Arbeitsminister von Nordirland er- klärt, daß in den 6 Grafschaften von Ulster 78 000 Personen ganz und 25 000 Personen teilweise arbeitslos seien.

Deutsches Reich.

Amerikanische Hilfe für deutsche Kinder. Über die neue Hilfsaktion des Zentral-Relief-Komitees wird dem deutschen Noter- dienst gefolgt: Obgleich die offizielle Eröffnung der Drei-Millionen- Dollar-Kampagne für deutsche Kinderspeisungen erst auf den 6. Oktober festgesetzt ist, hat die Stadt St. Louis bereits 10 000 Dollar durch ein Konzert aufgebracht.

Der deutsche Weinbau. Aus dem Rheinland wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Eine neue Gefahr droht dem deutschen Weinbau im besetzten Gebiet. Die Franzosen gehen unter Miß- achtung der deutschen gesetzlichen Vorschriften daran, im besetzten Gebiet Versteigerungen französischer Weine abzu- halten.

Die heftigsten Sozialdemokraten. Auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei für Slesien-Rassau in Weisburg an der Bahn sprach Reichstagsabgeordneter Wels über die politische Lage und bemerkte in seinen Ausführungen u. a.: Der Ver- lust von Oberschlesien wäre für Deutschland furchtbar.

Aus der polnischen Presse.

Das Deutschtum in Pommern. Der „Kurier Co- zianach Iustrowany“ führt den Verweisungsbericht aus: „Wann wird das enden!“ und schreibt: Die „Gazeta Kowaska“ stellt fest, daß sich Pommern auf keinen Fall von der deutschen Sprache trennen könne.

Hierzu bemerkt der „Kurier“: „Man kann es fast nicht glauben, daß solche Ermahnungen noch heute nötig sind.“

Local- u. Provinzialzeitung.

Posen, 14. Oktober.

General Haller ist nach amtlicher Bekanntgabe seiner Demission in Bromberg eingetroffen.

Der Verkauf des Marktenbrotts ist entgegen der f. Zt. ver- öffentlichten Magistratsbekanntmachung, nach der Brotmarken mit dem 17. d. Mts. ihre Gültigkeit verlieren sollten, nach einer überein- stimmenden Mitteilung der polnischen Presse bis zum 31. d. Mts. verlängert worden.

Im Aino Colosseum Sw. Marcin 65 (fr. St. Martinstr.) wird von heute ab das Detektivdrama „Unheimliches Licht“ auf- geführt.

Stadtverordnetenwahlen. Zu den in nächster Zeit stattfindenden Wahlen ist ein deutscher Wahlauschuß gebildet worden, der sich folgendermaßen zusammensetzt: Lehrerin Fräulein Bekker, Stadtverordneter Gaertig, Rabbiner Dr. Gottschalk, Georg Hoffmann, Domherr Linke, Geheimrat Staemler, Buchdrucker Wiesner.

Die Eisenbahndirektion teilt uns mit: Vom 15. Oktober d. J. hält der Frühzug, der aus Posen in Richtung Ramitsch um 7 Uhr 10 Minuten abfährt und der Nachmittagszug, der um 2 Uhr 40 Minuten abfährt, auf den Stationen Unterberg und Buschkau, sodas dort Reisende ein- und aussteigen können.

Die Postzensur in Deutschland. Der Postüberwachung unter- liegen jetzt noch Einschreibbriefe, Wertbriefe, Wertkästchen und Pakete, ferner Einzahlungen und Ueberweisungen nach dem Ausland, soweit sie den Betrag von 3000 M. übersteigen.

Eine teilweise Mondfinsternis. Die sich auf etwa neun Zehntel der Mondoberfläche erstreckt, wird in der Montag zu beobachten sein.

Freie Schifffahrt im Bromberger Kanal und der Nege. Die Bromberger Industrie- und Handelskammer teilt Interessenten mit, daß auf ihre eifrigen Bemühungen hin das Ministerium für das ehem. preuß. Teilgebiet (Departement für Handel und Gewerbe) zur Genehmigung eines weitestgehenden Exports beschlossen haben.

Regitationsabend von Max Jungnickel. Am Dienstag, dem 25. d. Mts., abends 8 Uhr wird in der Aula des Deutschen Gym- nasiums der bekannte Schriftsteller Max Jungnickel einen Vortragsabend halten, in dem er aus eigenen Werken vorlesen wird.

Naturwissenschaftlicher Verein, Botanisch-Zoolog. Arbeits- gemeinschaft. Sonntag, den 16. Oktober, Ausflug nach dem Buchenwalde, Oberförsterei Gäßelle. Abfahrt nach Partowo 9.25 früh, Rückfahrt von Lopuchowo 5.14 nachmittags.

Neustadt, 13. Oktober. Unter der Epithete „böswil- lige Verleumdung“ berichtet der hiesige „Votz für Pomorze“: Der „Gziennik Opatowski“ hat in seiner Nummer vom 7. Oktober d. J. eine Nachricht aus Neustadt gebracht, in der er mittelst, daß die Kriminalpolizei einer großen Valutaschie- bung in deutscher Mark, Dollars usw. auf die Spur gekommen ist.

Thorn, 13. Oktober. Einen schrecklichen Selbst- mord verübte am Dienstag nachmittag eine junge Dame aus an- gelehener Familie in der Parkstraße.

Neues vom Tage.

Munitions-Explosion im Wiener Prater. Eine große Explosionskatastrophe hat Mittwoch ausgebrochen Teile Wiens in Angst und Schrecken versetzt. Das 7. Alpenjäger-Regi- ment, das anlässlich der burgendständischen Vorfälle nach Wien ver- setzt wurde, wollte heute eine große Übung auf der Schieß- platze hinter dem Prater abhalten und hatte zu diesem Zwecke von der Heeresverwaltung 300 Handgranaten angefordert.

Eisenbahnunglück in Frankreich. Eine furchtbare Eisenbahn- katastrophe hat sich in Paris in der Nähe des Bahnhofes Reaume ereignet. Ein Personenzug nach Puteau ist in dem Tunnel bei Vaugoiner in nächster Nähe des Bahnhofes mit einem anderen Zug zusammengestoßen.

lokomotive explodierte. Von 21 Wagen sind 16 völlig verbrannt. Unter den Passagieren war eine Person ausgebrochen. Sie ver- suchte, aus dem Zug abzuspringen und zu flüchten. Bisher ist bekannt, daß 4 Reisende umgekommen sind. Ein kleiner Knabe ist vor den Augen seiner Mutter verbrannt. Bis jetzt wurden über 100 Verwundete geborgen.

Handel, Gewerbe und Verkehr. Kurse der Posener Börse.

Table with columns for 'Offizielle Kurse', '14. Oktober', and '13. Oktober'. It lists various financial instruments like 'Posener Pfandbriefe', 'Börsen', 'Gegelski', and 'Dollars' with their respective values and changes.

Amliche Notierungen der Getreidebörse (Gleidy Zbozowa) in Posen vom 14. Oktober 1921.

Table listing grain prices for various types of wheat, rye, and barley, including 'Serabella', 'Futterlupinen', 'Weizen', and 'Roggenmehl'.

Posener Viehmarkt vom 14. Oktober 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht. I. Rinder: A. Dähen I. Sorte 6500-7000 M., II. Sorte 5000-5500 M., III. Sorte 3500-4000 M.

Sokal- u. Provinzialzeitung

Posen, 14. Oktober.

Großstadtswindel

Gestern vormittag erschien bei einer Herrschaft in der ul. Jasna 16 (früher Buddestr.) ein junger Mann, gab sich der allein anwesenden Dame des Hauses als Bekannten ihres möblierten Herrn aus und erzählte mit allen Zeichen der Bestürzung, daß er aus Warschau komme, unterwegs um seinen Mantel bestohlen worden und jetzt in der größten Verlegenheit sei. Die Dame trauerte dem jungen Manne und gab ihm auf dessen Bitte „Leihweise“ einen grünen Rodenmantel, in dessen Tasche sich noch ein Paar leberne Handschuhe befanden. Da er seinem Freunde noch eine schriftliche Mitteilung hinterlassen wollte, gab sie ihm einen goldenen Füllfederhalter. Mit diesem und dem Mantel verschwand der edle Jüngling auf Nimmerwiedersehen, und die Dame trauert einem Gesamtwerte von 80 000 Mk. nach.

Einem anderen Schwindler fiel eine aus Warschau hier angekommene 29jährige Dame Namens Sabina Drama zum Opfer, die im Apollohotel Wohnung genommen hatte. Sie hatte die Bekanntschaft eines Warschauer Landmannes Namens Fabian Leon Kabynowicz gemacht und sich gestern mit ihm ein Stelldichein im Kaffee Monopol gegeben. Der elegant auftretende junge Mann stahl hierbei seiner Angebeteten in einem unbewachten Augenblick 200 000 Mk. bares Geld, 1 goldenen Brillantiring im Werte von 250 000 Mk., 1 Überzieher mit Sammetfragen,

1 braunen Koffer und 1 leberne Handtasche und verduftete. Fräulein Drama bedauert so einen Gesamtverlust von 565 000 Mark.

X Die Lungenheilanstalt für Frauen und Kinder in Mühltal bei Bromberg ist dieser Tage wieder eröffnet worden.

Wochenmarktbericht vom Freitag, 14. Oktober. Auf dem Gemüsemarkt kosteten Kartoffeln 2500 Mk., Mohrrüben 25 Mk., das Bund Kraut 50 Mk., das Pfund, zentnerweise ist es mit 3800 Mk. verkauft worden. Tomaten 90 Mk., Zwiebeln 55 Mk., rote Rüben brachten 35 Mk. das Pfund. Eier waren mit 650-680 Mk. die Mandel erhältlich. Auf dem Obstmarkt zahlte man für Birnen 60-80 Mk., Apfel 50-80 Mk. das Pfund. Pfäumen waren nicht zu bemerken. Auf dem Geflügelmarkt legte man an für Gänse 1100-1300 Mk., Enten 500-600 Mk., Hühner 300-400 Mk., Tauben 180 Mk. das Paar, es ist nicht recht einleuchtend, daß gerade Tauben so hoch im Preise stehen. Auf dem Fischmarkt kosteten Hechte 200 Mk., Bleie 160 Mk., Schleie 160 Mk., Weißfische 20-40 Mk. das Pfund, je nach Größe und Beschaffenheit.

X Einbruchsdiebstähle usw. Am Dienstag mittag drangen Einbrecher in eine Wohnung des Hauses ul. Górczyńska (früher Gurtschiner Straße) ein und stahlen Herren- und Damenkleidungsstücke, Strümpfe, Stoffe, 4 silberne bzw. Stahluhren, 1 Trauring, 3 B. 1900 gezeichnet, 810 Mk. deutsches, 5000 Mk. Kriegsgeld und 37 000 Mk. polnisches Geld im Gesamtwerte von 40 000 Mk. Am Mittwoch vormittag erschien in dem Utwarengeschäft von Majkowski in der ul. Maleckiego 13 (früher Prinzenstr.) ein gewisser Faber- mann Mosiak und stahl eine stählerne Taschenuhr im Werte von 4000 Mk.; der Dieb wurde festgenommen. In der ul. Druga 5

(früher Gangestr.) wurde Mittwoch vormittag eingebrochen, und es wurden Damenwäsche, Bettwäsche, ges. R. S. u. S., 3 Tischdecken, mehrere Blusen, Stoffe, eine silberne Damenuhr, 1 silberne Uhrfette mit Anhänger, mehrere Ringe, 1 Brosche, 1 Damenhandtasche, 3000 Mk. bares Geld im Gesamtwerte von 150 000 Mk. gestohlen. Am Mittwoch abend wurde aus der Wohnung ul. Zwierzyniecka 3 (früher Tiergartenstr.) eine goldene Uhr der Firma Grant Watsch im Werte von 50 000 Mk. gestohlen. In der Nacht zu Donnerstag wurde in einem Keller am Plac Sapiezński (früher Sabiehadlag) eingebrochen; gestohlen wurden 10 Zentner 5 eiserne Löpfe und 5 Risten mit Rogeln im Werte von 40 000 Mk.

X Brandbericht. Gestern nachmittag kurz nach 2 Uhr wurde die Feuerwehr nach der ul. Skryta 2 (fr. Bartholdshof) gerufen zu einem Kellerbrande gerufen. Das Feuer wurde bald gelöscht.

* Schult. 13. Oktober. Die deutsche Kandidatenliste zu den Stadtverordnetenwahlen ist gefallen, da sich nur zwei Kandidaten zur Prüfung in der polnischen Sprache gemeldet und diese die Prüfung vor der Kommission nicht bestanden haben.

* Dirschau, 13. Oktober. Von hier wird dem „D. Post.“ gemeldet, daß Grenzpolizeikommissar Zientara und Polizeikommissar Pawian sich zur Entlassung eingegeben haben, und daß dies in Verbindung mit der Angelegenheit der ungesetzlichen Ausfuhr nach Deutschland zusammenhänge.

Gaußscheilung: Dr. Wilhelm Dörmann, Verantwortlich für Inhalt, Inhalt und Redaktion: Dr. Wilhelm Dörmann, für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Schreier, für den Anzeigenteil: M. Grundmann, Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Schmidt in Posen.

Am 11. Oktober entschlief sanft nach längerem Leiden unser geliebter Bruder, Schwager und Onkel Leopold Placzek im 69. Lebensjahre. Die trauernden Hinterbliebenen. Poznań, den 14. Oktober 1921. Die Beerdigung findet Sonntag, den 16. d. Mts., vormittags 11 Uhr von der Leichenhalle des israelitischen Friedhofes aus statt. 13393

Grundrücksagentur A. W. O. Heise, Toruń. Allein durch Homöopathie wirst Du gesund u. noch nie. Homöopathische Zentral-Beratungsstelle, Leipzig-Gautschi, Weberstr. 15, 12776. Welche edle, reine Dame wurde ein erwachsenes Mädchen, Waife, aus besserer Familie, zu sich nehmen und in Musik und Sprachen ausbilden lassen? Würde mir dankbar sein. Off. u. 3395 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Pferde - Rennen finden auf der Rennbahn Lawica am 16., 19., 23., 26., 30. Oktober dieses Jahres statt. Zahlreiche Rennungen. Anfang um 1 Uhr nachm. Jeden Tag geht ein besond. Zug Poznań-Lawica um 12.50 nachm. ab. Wielkopolskie Towarzystwo Wyścigów Konnych, Poznań.

Wissenschaftlicher Vortrags - Zyklus. 3 Vorträge von Pastor Wilhelm Schuster v. Forstner, Ehrenmitglied naturforschender Gesellschaften. Der 1. Vortrag findet im Saale des Ev. Vereinshauses am Sonntag, dem 16. Oktober, nachm. 5 Uhr, statt. Eintrittskarte 50 Mk., für alle 3 Vorträge 120 Mk., an der Kasse und in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung, Gymnasialstr. und Lyzeumsschülerinnen die Hälfte. Demonstrationen. Vorzeigen von Naturobjekten.

„Solali“ o.p. w Łydwcu liefert zu Original-Fabrik-Preisen: Zigaretten-Hülsen, Zigaretten-Papiere, Farb-Seidenpapiere, Paraffin-Papiere, Kopier-Rollen, Kopier-Papier, Durchschlag-Papier ab Fabriklager Poznań Fr. Ratajczaka 15 Telephon 5374

Spielplan des „TEATR WIELKI“ m. Poznania. Sonnabend, den 15. 10. um 7 1/2 Uhr: „Tiefenland“, „Rigoletto“, Preisermäßigung. Sonntag, den 16. 10. um 3 Uhr: „Rigoletto“, „Halla“, Preisermäßigung.

Kino Colosseum sw. Marcin 65. Heute die grosse John Witt, Sensation: Amerikas größter Detektiv auf der Verfolgung eines gefährlichen Verbrechers in dem unvergleichliche Spannung hervorrufenden Detektivdrama: 13397. „Zajemnicze światło“ („Unheimliches Licht“). Unübertroffene Sensationen.

Deutschtumsbund erbittet und vermittelt Arbeitsaufträge für in der Gegend geschwächte Handwerker der Stadt und Provinz. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Poznań, Wały Lejczynskiego 2 (früher Kaiserling).

Posener Sprachführer. Ein polnisch-deutscher und deutsch-polnischer Wegweiser in handlichem Taschenformat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie gegen Einsendung von 25 Mark als Einschreibsendung direkt vom Verlage: Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Poznań, Zwierzyniecka 6. Dieser Sprachführer will ein Helfer und Führer sein in der Hand derjenigen, die der polnischen Sprache noch nicht mächtig, sich im neuen Polen nicht zurechtfinden können und häufig hilflos stehen vor den ihnen vorzüglich unverständlichen Aufschriften auf der Straße, in öffentlichen Gebäuden, in den Bogen der Straßenbahn, in Geschäftsin und Selbstveröffentlichungen. Er will dadurch mit dazu beitragen, daß den hier lebenden Fremden der polnischen Wirtlichkeit das Scheitern in die neuen Verhältnisse erleichtert wird und daß auch vorübergehend in Polen weilende Deutsche wenigstens von einem Teil der Schwierigkeiten befreit werden, mit denen der Aufenthalt hier mit die Erleichterung ihrer Geschäfte in Polen für sie verbunden ist.

Kirchennachrichten. Kreuzkirche, Sonntag, 10: Gottesd. 11 1/2; Kinderg. Des. Zionskirche, Sonntag, 10: Gd. Poarmann. Nicola, Sonntag, 3: Gd. Kreuzlich. St. Petri-Kirche (Evangel. Unitätsgemeinde), Sonntag abend, 6: Wochenabschluss. Garmisch, Sonntag, 10: Gd. Schneider, 11 1/2; Rhd. Des. - Am 15. u. 16. Schneider. St. Pauli-Kirche, Sonntag, 10: Gd. Stuhlmann. - 11 1/2; Kinderg. Des. 5: Gottesd. in poln. Sprache. - Mittwoch, 6: Bibelst. Stuhlmann. - Am 15. u. 16. Des. Ev.-Luth. Kirche, Ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße), Sonntag, 10 1/2: Gottesdienst. St. Lukas-Kirche, Sonntag, 10: Abschieds-Preis. Pfeifer. - 12: Rgd. Des. St. Matthäi-Kirche, Sonntag, 10 1/2 Gd. Pfe. 11 1/2; Rgd. Des. - Freitag, 6: Bibelst. Pfe. Kapelle des Diakonissenanstalt, Sonnabend, 8: Wochenabschluss. Sarow. - Sonntag, 10: Gd. Des. Ev. Verein junger Männer, Sonntag, 7: Mühltal. Abend. Angehörige u. Freunde willkommen. - Montag, 6: Turnen, 7 1/2: Pfaffen. - Mittwoch, 8: Bibelst. - Donnerstag, 1/8: Pfaffen. - Sonnabend, 1/8: Pfaffen. - SchL. And. 8: Pfaffen. Christl. Verband junger Mädchen, Sonntag, 4: Vert. im Diakonissenhaus. Saffensheim, Sonntag, 10 1/2: Gottesd. Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten), ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag, 10: Pred. - 11 1/2: Sonntagsschule. - 2 1/2: poln. Gottesd. - 4: Pred. - 5 1/2: Jugendv. - Mittwoch, 7: Bibelst. Christliche Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche, St. Lazarus, ul. Maleckiego 36 I (Prinzenstraße), Sonntag, 5: Jugendbund für E. C. 7: Evangelisation. - Freitag, 7: Bibelst.

Steinkohlenteer in Waggonladungen u. klein. Meng. empfiehlt Oskar Becker, Poznań, sw. Marcin 59

Gesunde gepalt. Stubben zum waggonweisen Bezüge offeriert billigst Górnoślaskie Przedsiębiorstwo Węglowe-Poznań - Kalużny i Werner Poznań, Wały Zygmunt Augusta Nr. 3. Tel. 1296 u. 3871. - Telegr.-Adr.: Werner Kohlenvertrieb.

Kartoffelflocken abzugeben. Angebote u. C. L. 3390 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Stellenangebote. Tüchtige (3392) Stenotypistin zum möglichst baldig. Eintritt gesucht; Anm. zw. 10 u. 12 Uhr. Zimm. 9. Geschäftsstelle Wały Lejczynskiego 2 (Kaiserling) Deutschtumsbund. Suche nach Mittelstadt Posens für ein zehnjähr. Mädchen, 10 J. zur Führung des Haushalts gebildete, Gemütskräfte, anspr. Zeugnisabschr. u. Bild, welche franco retourn. wird, u. 3384 an d. Geschft. d. Bl. erb.

Stellengeinde. Deutsche jg. Frau, kinderl., zuverlässig und gewissenhaft sucht Beschäftigung im Haushalt, als Aufsicht, Expedientin oder dergl. Off. u. C. L. 3364 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

landw. Beamter, der Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit durch langjährige Zeugnisse nachweisen kann, dauernde Stellung, wo spätere Verheiratung gestattet wird. Angebote unter 999 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche jungen Inspektor. Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung an 13372 Gutsbesitzer Schendel, Radom, Post Potajewo.

Zimmerpolier, sicher im Abbund, durchaus energisch und zuverlässig, stellt sofort ein. Meldungen unter 3.3386 an die Geschft. d. Bl. erb.

Zuverlässige Zeitungsausträger gesucht. „Posener Tageblatt“, ulica Zwierzyniecka 6. Suche von sofort eine wenn möglich ältere, evangelische

Volksschullehrerin oder Mittelschullehrerin für meinen 8 jährigen Jungen. Dieselbe soll den Unterricht und die Körperpflege übernehmen. 13391 von Busse, Rittergut Mgojzyc (Seimbrunn), Post Diewo bei Kornatowo (Pommernellen). Suche zum 1. November 1921 gesundes, kräftiges welches kochen kann. Angebote an Frau Agnes v. Fouanna, Malinie bei Plejzem (Hotes Haus), 13376

möbl. Zimmer m. teilw. Küchenbenutzung bei guter Bezahlung. Off. u. 3289 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Wohnungen. Ankäufe u. Verkäufe. Achtung! Suche eine Gastwirtschaft mit ca. 20-30 Brg. Land u. möglichst mit einem Saal verbunden, zu kaufen. Regulär in dtsch. Baluta od. in Deutschland. Zuschriften sind an M. Cichy, Wrzesnia (Breschen) Bahnhof zu senden.

Transportabler Kachelofen gesucht. Gef. Offerten unter „Büro 3382“ a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Kaufe stets zu den höchsten Preisen sämtliche gef. Garderobe, Wäsche, Schuhe, Bücher usw. komme auch n. außerhalb. W. Schmidt, ulica Zamkowa 4, am Stary Rynek.

Goldene, (3026) beschädigte und unmodernere Uhren, Ringe, Broschen, Ohrringe und jedes alte Gold u. Silber kaufe für hohe Preise. Schwilowski, sw. Marcin 40, Uhrengeschäft, nahe am Schloß. Dasselbst Verkauf von Trauringen, Schmuckstücken u. gut. Uhren.

Zu verkaufen: Schlafzimmer (Eiche), Küche u. dergl. Wirtschaftsgegenstände. Rozmiski, ulica Pocztowa 13 II. Beschäftigung. 1-3 Uhr. (3396)

Bureauräume, 2-3 Zimmer im Stadtzentrum gesucht, eventuell Uebernahme vorhandener Inventars. Offerten unter „Büro 3380“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

möbl. Zimmer m. teilw. Küchenbenutzung bei guter Bezahlung. Off. u. 3289 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Wohnungen. Ankäufe u. Verkäufe. Achtung! Suche eine Gastwirtschaft mit ca. 20-30 Brg. Land u. möglichst mit einem Saal verbunden, zu kaufen. Regulär in dtsch. Baluta od. in Deutschland. Zuschriften sind an M. Cichy, Wrzesnia (Breschen) Bahnhof zu senden.

Transportabler Kachelofen gesucht. Gef. Offerten unter „Büro 3382“ a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Kaufe stets zu den höchsten Preisen sämtliche gef. Garderobe, Wäsche, Schuhe, Bücher usw. komme auch n. außerhalb. W. Schmidt, ulica Zamkowa 4, am Stary Rynek.

Goldene, (3026) beschädigte und unmodernere Uhren, Ringe, Broschen, Ohrringe und jedes alte Gold u. Silber kaufe für hohe Preise. Schwilowski, sw. Marcin 40, Uhrengeschäft, nahe am Schloß. Dasselbst Verkauf von Trauringen, Schmuckstücken u. gut. Uhren.

Zu verkaufen: Schlafzimmer (Eiche), Küche u. dergl. Wirtschaftsgegenstände. Rozmiski, ulica Pocztowa 13 II. Beschäftigung. 1-3 Uhr. (3396)

Bureauräume, 2-3 Zimmer im Stadtzentrum gesucht, eventuell Uebernahme vorhandener Inventars. Offerten unter „Büro 3380“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.